

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Staatssekretariat für Sicherheitspolitik

trriage@sepos.admin.ch

25. Februar 2026

Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen: Teilrevision der Bundesverfassung sowie der dazugehörigen Gesetzesbestimmungen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. November 2025 haben Sie die Kantonsregierungen zum titelerwähnten Vernehmlassungsverfahren eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

1. Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat lehnt die Einführung eines obligatorischen Orientierungstags (OT) für Schweizerinnen ab. Er ist der Ansicht, dass der Zeitpunkt für die Einführung des OT für Schweizerinnen ungeeignet ist. Zurzeit und auch auf lange Sicht hat die Armee andere Prioritäten, namentlich im Bereich der Nachrüstung.

Falls der Bundesrat an der Einführung des OT für Frauen festhält, begrüsst der Regierungsrat, dass mit Art. 38a des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) die bereits bestehende Praxis der Information der Teilnehmenden über den Zivilschutz neu im Gesetz festgehalten ist.

2. Abstimmung von Aufgaben und Finanzen

Der bei einer Einführung des OT zusätzlich anfallende Aufwand für die Kantone ist aktuell noch schwer abschätzbar. Die Kantone beziffern den finanziellen Mehraufwand auf rund 3,3 Millionen Franken. Dies beinhaltet sowohl personelle wie auch infrastrukturelle Kosten. Der Regierungsrat beantragt, dass der Bund den Kantonen die zusätzlichen Aufwände (Personal-, Infrastruktur- und Vollzugskosten), die durch die Einführung des obligatorischen OT für Schweizerinnen entstehen, in angemessenem Umfang abgilt. Die Abgeltung ist im Grundsatz auf Gesetzesstufe festzulegen. Die Höhe der Abgeltung ist auf Verordnungsstufe zu regeln. Nur damit lassen sich die Mehrkosten verursachergerecht aufteilen. Gleichzeitig führt eine solche Regelung zu Planungssicherheit für die Kantone.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin